AMNESTY INTERNATIONAL

Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Jahresbericht Kuba

2025

Übersicht

Es wurde weiterhin eine systematische Unterdrückung der freien Meinungsäußerung und von friedlichen Versammlungen festgestellt. Es gab fortgesetzt willkürliche Inhaftierungen. Die Verweigerung von Menschenrechten sowie Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung waren in Gefängnissen üblich. Aktivist/innen und Menschenrechtsverteidiger/innen litten unter geschlechtsdifferenzierten Formen der Repression.

Unterdrückung von Dissens

Im März, nach diplomatischen Treffen und Verhandlungen mit dem Vatikan, kündigten die kubanischen Behörden die Freilassung von 553 Gefangenen an. Die Freilassung erfolge im „Geiste des guten Willens und der engen Beziehungen“ zum Vatikan, hieß es aus Kubas Hauptstadt Havanna.

Der Prozess war jedoch durch mangelnde Transparenz, entmenschlichende Behandlung und das Fehlen von Garantien für Wiedergutmachung und Nicht-Wiederholung gekennzeichnet. Menschenrechtsorganisationen dokumentierten die Freilassung von 211 politischen Gefangenen und verurteilten die Verhängung von Menschenrechtsbeschränkungen für Freigelassene.

Die systematische Politik der Repression gegen Aktivist/innen und Mitglieder der politischen Opposition hielt an. Menschenrechtsverteidiger/innen sahen ihre Rechte eingeschränkt, und ihre Arbeit wurde weiterhin stigmatisiert und kriminalisiert. Aktivist/innen, Oppositionsmitglieder, Künstler/innen, Intellektuelle, Universitätsstudent/innen und Menschenrechtsverteidiger/innen wurden mit Bedrohungen, Belästigung, digitalem Missbrauch und rechtswidriger Verhör und Überwachung konfrontiert. Die kubanische Beobachtungsstelle für Menschenrechte dokumentierte mindestens 3.179 repressive Maßnahmen.

Die willkürliche Inhaftierung, die oft von kurzfristigem Verschwindenlassen gefolgt wurde, war ein repressives Muster, das systematisch gegen Menschenrechtsverteidiger, Aktivist/innen, Künstler/innen und Journalist/innen angewendet wurde. Im Jahr 2025 registrierte die kubanische

Beobachtungsstelle für Menschenrechte 529 willkürliche Inhaftierungen. **Berta Soler**, Anführerin der Ladies in White, wurde im Laufe des Jahres mehrmals willkürlich inhaftiert. Im März wurde der Aktivist Leonardo Romero Negrín verhaftet, weil er friedlich protestiert hatte, indem er ein leeres Schild hielt; er wurde geschlagen, beschuldigt, sich der Verhaftung zu widersetzen und unter Hausarrest gestellt zu werden.

Unmenschliche Haftbedingungen

Menschenrechtsorganisationen und politische Gefangene berichteten von Foltervorfällen und anderen grausamen, unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlungen in Gefängnissen.

Dazu gehörten u.a., dass Menschen bei Festnahmen und auch in der Haft geschlagen wurden und manchmal tage- bis monatelang in Einzelhaft gehalten wurden, häufig ohne jegliches Licht, dass Häftlinge oft gefesselt verharren mussten, dass Häftlinge oftmals sexuell erniedrigt wurden oder über Stunden nackt in der Hocke in der Zelle sitzen mussten.

Im Jahr 2025 dokumentierte die gemeinnützige Organisation Cubalex 39 Todesfälle von Gefangenen in Gefängnissen im Land.

Die Gewissensgefangenen **Luis Manuel Otero Alcántara**, **Maykel Castillo Peréz, Loreto Hernández, Roberto Pérez Fonseca** und **Sayli Navarro** berichteten von wiederkehrenden Entbehrungspraktiken, darunter die Verweigerung von Telefonanrufen, Familienbesuchen und Gefängnisleistungen sowie Zugang zu Nahrung, Medizin und angemessener medizinischer Versorgung. Darüber hinaus wurden sie Schlägen und Drohungen gegen ihr Leben sowie weiteren Gerichtsverfahren ausgesetzt.

Roberto Pérez Fonseca, ein 41-jähriger Aktivist und Menschenrechtsverteidiger, wurde wegen seiner Teilnahme an Protesten im Juli 2021 zu 10 Jahren Haft verurteilt. Es hatte ein Plakat von Fidel Castro abgerissen.Seit dem ersten Tag seiner Inhaftierung wurde er geschlagen und extremen Bedingungen ausgesetzt. Er verbrachte über 10 Monate in einer Strafzelle.Seine Inhaftierung wurde von der Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen für willkürliche Inhaftierungen als willkürlich eingestuft.

Im Oktober 2025 wurde der Menschenrechtsaktivist **José Daniel Ferrer** aus dem Gefängnis entlassen und ins Exil gezwungen, nachdem er monatelange Folter und Drohungen gegen ihn und seine Familie verurteilt hatte. Dies war Teil eines systematischen Musters des Schweigens und der Grausamkeit, das die Familien der Gefangenen als Mittel zur Kontrolle und zum Druck einsetzte.

https.//amnesty-kuba.de

https://amnesty-mexiko-zentralamerika.de/

https://www.amnesty.org/en/location/americas/central-america-and-the-caribbean/cuba/

DW.com / https.//www.domradio.de